

Breitbandversorgung unbefriedigend

Gemeindebesuch | Bundestagsabgeordneter Thorsten Frei informiert sich über Sorgen und Nöte der Stadt

Thorsten Frei (CDU) hat sich bei seinem Gemeindebesuch ausführlich über die Sorgen und Nöte in Hornberg informiert. Von der Stadtsanierung über den Breitbandausbau samt Mobilfunk bis hin zum forstrechtlichen Kartellverfahren wurden viele Themen besprochen.

■ Von Christine Störr

Hornberg. Zum Ende der Legislaturperiode schließe sich ein Zeitfenster, womit es gerade in der Gesetzgebung noch einiges abzuarbeiten gebe. Dass der politische Gegner aufgeholt habe, befruchte den politischen Prozess, weil es zur Formulierung klarer Alternativen zwingt, befand der Bundestagsabgeordnete Frei zu Beginn seines Gemeindebesuches in Hornberg. Für Bürgermeister Siegfried Scheffold stand fest: »Eine Profilschärfung wird im September zu einer guten Wahlbeteiligung beitragen und macht dem Wähler die Entscheidung letzten Endes leichter.«

Hoher Förderbedarf

Und dann ging es durch kommunalpolitische Themen wie den Demografiefaktor und die Flächenkomponente Hornbergs mit Reichenbach und Niederwasser, die speziell bei den Verteilungskriterien der Landesförderungen oft keine Rolle spielten. »Da fällt man durch den Rost, obwohl es in gewissen Bereichen einen hohen Förderbedarf gibt.« Das müsse von den Verantwortlichen in Bund und Land gesehen werden. Thorsten Frei verwies auf die Bedeutung klarer Zuständigkeiten zwischen Kommunen, Land und Bund, »sonst gibt es eine organisierte Unzuständigkeit.«

Digitale Aufrüstung

Eine direkte Unterstützung des Bundes in die Kommunen werde es in den kommenden Jahren für die digitale Aufrüstung über alle Schularten hinweg geben. Außerdem werde eine Grundgesetzänderung



Trafen sich zu einem Gemeindebesuch (von links): die Fraktionssprecher im Hornberger Gemeinderat Erich Fuhrer (CDU) und Rolf Hess (SPD), Bürgermeister Siegfried Scheffold, der Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei (CDU), Ortsvorsteher Gottfried Bühler (Reichenbach) und Bernhard Dold (Niederwasser).

Foto: Störr

verabschiedet, die dem Bund eine direkte Zahlung an finanzschwache Kommunen ermöglichen. »Damit sollen echte strukturelle Nachteile ausgeglichen werden«, erklärte der Abgeordnete.

In Sachen Breitband- und Mobilfunkversorgung bezeichnete Scheffold einen Grundsatzanspruch als wünschenswert. Er richtete an Frei die konkrete Bitte, seine Kommunikationswege in Richtung Telekom zu nutzen und die Probleme der Ortsteile Niederwasser und Reichenbach durch die Unterversorgung darzulegen. An der stark befahrenen Kreisstraße in Richtung Langenschiltach-St. Georgen und an der Landstraße in Richtung Fehrenbühl-Schramberg gebe es keine Mobilfunk-

verbindung. Das mache die Absetzung eines Notrufes mehr als schwierig, was sich dann auch auf Waldarbeiter, Wanderer oder Freizeitsportler übertragen lasse.

Unterversorgung

Dass sich die Unterversorgung der Datenverbindung letzten Endes auf mittelständische Unternehmen, Familien und den Tourismus auswirken wird, stand außer Frage. Scheffold sah in der Breitbandversorgung »eine neue öffentliche Aufgabe, die auf die Kommunen zukommen und selbst mit Bezuschussung enorm viel Geld kosten wird.«

Das schwebende Kartellrechtsverfahren bewege den Forst seit vielen Jahren. Hornberg sei mit etwa 700 Hektar

ein mittelgroßer Waldbesitzer. Es sei ein schlechtes Gefühl, dass nach dem Prinzip Hoffnung gearbeitet werde und sich die Situation durch keine gerichtliche Entscheidung verbessere. »Für die Besitzstruktur der Landwirtschaft ist der Wald ein wichtiges Stabilitätskriterium«, betonte Scheffold. Frei befand, dass in Düsseldorf mit dem Verweis auf Verstoß gegen EU-Recht die schlechtestmögliche Entscheidung getroffen worden sei. »Jetzt geht die Klage vor den Bundesgerichtshof, womit es etwa zweieinhalb Jahre bis zum nächsten Urteil gehen wird.« Der einzige Vorteil bestehe darin, dass während dieser Zeit im Wald weiter gearbeitet werden könne wie bisher. »Ein Wald muss

ordentlich beforstet werden, da kann man sonst sehr viel verkehrt machen«, betonte Frei.

Zügige Planfeststellung

Angesprochen auf die Ortsumfahrung Haslach erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete, dass eigentlich niemand an der Bedeutung zweifle. »Es gibt in Deutschland kaum ein Straßenbauprojekt, das einen so hohen Kosten-Nutzen-Faktor aufweist. Für Haslach liegt er bei zehn, die etwa 46 Millionen Euro Baukosten bewirken einen Wirtschaftsnutzen von 400 bis 500 Millionen Euro«, betonte Frei. Jetzt sei es am Land, die Planungen zügig voranzutreiben, um anschließend in die Planfeststellung zu gehen.